

Die Tagesschau im Netflix-Abo

MEDIENPOLITIK Am 4. März stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über die Abschaffung der Billag-Gebühren ab. An einem Podiumsgespräch in Willisau diskutierten am Mittwoch Gegner und Befürworter über Sinn und Unsinn dieser Initiative.

von **Monika Wüest**

Moderator Oliver Kuhn eröffnete die Diskussion mit einer grundsätzlichen Frage. Er wollte von den Podiumsteilnehmern ihr Hauptargument pro oder kontra der No-Billag-Initiative wissen. Befürworter Nicolas Edelmann, der kurzfristig für den erkrankten Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller eingesprungen war, sprach von einem Fehler im System, den es zu korrigieren gelte. Man müsse das Fernsehsignal wieder verschlüsseln und das Schweizer Fernsehen quasi im Abo verkaufen – so, wie das etwa Netflix oder Amazon Prime erfolgreich täten. Dann würden sich jene Sendungen durchsetzen, welche auch wirklich gefragt seien. «Angebot und Nachfrage sollen über das Programm entscheiden.» Jetzt sei die SRG nämlich kein Sender des Volks. «Sondern», wie er später ergänzte, «jener von Bern».

«Initiative will die SRG zerstören»

No-Billag-Gegner Diego Yanez, Direktor der Schweizer Journalistenschule



Sie diskutierten engagiert über die Abstimmung zu den Billag-Gebühren (von links): Diego Yanez, Damian Müller, Moderator Oliver Kuhn, Christian Eiholzer und Nicolas Edelmann. Foto **Monika Wüest**

MAZ, erwiderte, die Initiative wolle nicht eine kleinere oder andere SRG. «Sie will die SRG zerstören.» Die Initiative sei zu radikal.

Ebenfalls zu den Gegnern gehört der **Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller. Er argumentierte, mit den öffentlichen Medien sei es ähnlich wie mit öffentlich finanzierten Spitälern, der Bildung oder Strassen. Das Sicherstellen einer unabhängigen Berichterstattung gehöre zu den Staatsaufgaben. «Natürlich würde die Schweiz ohne öffentliche Medien nicht untergehen – aber sie gehören zu einer starken Eidgenossenschaft.» Wenn man die SRG dem freien Markt überliesse, würden sich private Sender die Filetstücke herausgreifen, alles andere fände nicht mehr statt. Zudem gelte es, die vier Landessprachen sowie die Informationen für**

die Regionen aufrechtzuerhalten, wie es etwa das Regionaljournal tue.

No-Billag-Befürworter Christian Eiholzer, Betriebsökonom aus Küssnacht, bezweifelt sowohl die Wichtigkeit der SRG für die Schweiz als auch die Unabhängigkeit der Berichterstattung. Diese sei keineswegs ausgewogen. Eine Umfrage habe ergeben, dass 70 Prozent der SRF-Journalisten links seien. Er fühle sich von der SRG nicht vertreten.

«Schweizer Markt ist zu klein»

Oliver Kuhn fragte Diego Yanez als ehemaligen SRF-Chefredaktor, ob man bei der SRG einfach zu wenig kreativ sei, um alternative Finanzierungsmodelle zu finden. Yanez verneinte. Die Schweiz sei schlicht zu klein, um qualitativ gutes Fernsehen per Werbung zu finanzieren. Zudem sei die TV-Werbung

insgesamt rückläufig. Und es gebe nirgends Informationssendungen im Abo. Aus gutem Grund: «Das rentiert nicht, auch nicht in viel grösseren Märkten.» Nicolas Edelmann wiederholte seinen Vorschlag eines Abos à la Netflix. «Wer die Sendung sehen will, zahlt, wer sie nicht sehen will, zahlt sie nicht.»

Für Yanez ist klar, wer bei einer Abschaffung der Billag-Gebühren die Gewinner wären: Die Werbefenster der deutschen Privatsender. «Diese beherrschen bereits jetzt 60 Prozent des Schweizer Markts.» Zu den Verlierern gehörten neben der SRG auch die kleinen Privatsender in der Schweiz. «Sie verlieren mit der Abschaffung der Billag 50 bis 70 Prozent der Einnahmen. Das überleben sie nicht.»

Damian Müller appellierte an die Solidarität in der Schweiz. «Ich will

hochstehenden, qualifizierten Journalismus.» Und der sei im Radio und Fernsehen nur mit Gebühren möglich. Christian Eiholzer erwiderte, wenn man 400 Franken von ihm wolle, sei das keine Solidarität. «Das ist Zwang.» Wenn die Konsumenten nicht bereit seien, für etwas zu zahlen, dann solle man es sein lassen.

Yanez erwiderte, 94 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer konsumierten jede Woche einen Sender der SRG – «ohne, dass sie dazu gezwungen werden». Damian Müller ergänzte, wenn ihm eine Sendung nicht gefalle, dann sei das sein persönliches Empfinden. Er erinnerte zudem daran, dass es bei der No-Billag-Initiative nicht nur um das Fernsehen gehe, sondern auch um das Radio.

Handlungsbedarf bei der SRG

Eiholzer warf der SRG und den Bundespolitikern vor, sie hätten diese Initiative selbst zu verschulden. Jahrelang habe man Zeit gehabt, die SRG zu überarbeiten oder zumindest den Begriff Service public zu definieren. Doch es sei nichts passiert. Dass bei der SRG Handlungsbedarf bestehe, bestritt keiner der Podiumsteilnehmer. **Doch Müller erinnerte noch einmal daran: Darum gehe es bei dieser Initiative nicht. Diese wolle die SRG zerstören. Wenn das passiert sei, könne man sie nicht mehr verbessern und nicht mehr redimensionieren. Das sei die Aufgabe des neuen Mediengesetzes, an dem im Parlament derzeit gearbeitet werde.**